

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 25. April 1958

Nummer 17

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte April 1958

Die internationale Situation

Der konjunkturelle Rückgang in den Vereinigten Staaten von Amerika überschattet nach wie vor das Wirtschaftsgeschehen in der westlichen Welt. Die kontraktiven Kräfte setzen sich in den USA weiter durch. Auch im März dürfte die industrielle Erzeugung saisonbereinigt im gleichen Ausmaß wie in den vorangegangenen Monaten um etwa 2 vH gesunken sein. Sie lag damit bereits um über 12 vH unter dem entsprechenden Vorjahrsstand. Dementsprechend hat sich die Zahl der Arbeitslosen im März und April weiter erhöht. Der Anteil der Arbeitslosen an der arbeitsfähigen Bevölkerung ist inzwischen auf 7 bis 8 vH angestiegen.

Der im vierten Quartal des vergangenen Jahres einsetzende Lagerabbau, in dem zwar nicht die letzte Ursache der gegenwärtigen „recession“ zu sehen ist, der aber das bisherige Ausmaß der „recession“ entscheidend bestimmte, weil die von der Anlageinvestitionsentwicklung ausgehende Konjunkturabschwächung zunächst vor allem die Lagerdispositionen der Unternehmer stark negativ beeinflusste, scheint sich nach den bisher vorliegenden statistischen Daten im ersten Quartal dieses Jahres verstärkt fortgesetzt zu haben. Trotzdem hat sich das Verhältnis zwischen Lagerhaltung und Umsatz sowohl in der Industrie als auch im Handel in den ersten Monaten dieses Jahres weiter verschlechtert. Es liegt jetzt sogar über der ungünstigen Relation, die Ende 1953 während der letzten „recession“ erreicht wurde. Die vielfach vertretene Auffassung, daß der Tiefpunkt der Lagerbewegung sehr bald erreicht werden müßte, weil die Lageräumung bereits zu ihrem Beginn ein sehr hohes Ausmaß angenommen hatte, findet in dieser jüngsten Entwicklung, bei der die Umsätze von Industrie und Handel stärker zurückgehen als ihre Lagerbestände, keine Stütze. Solange diese Tendenzen anhalten, werden die Unternehmen jedenfalls den Lagerabbau zu verstärken suchen.

Im übrigen wäre es auch verfehlt, allein von einer günstigeren Lagerbewegung eine Überwindung des gegenwärtigen Konjunkturrückganges zu erwarten. Denn selbst wenn sich der Lagerabbau nicht weiter verstärkte, würden hiervon zwar nicht mehr kontraktive, aber auch noch keine expansiven Wirkungen auf den Wirtschaftskreislauf ausgehen. Mit einem Umbruch der Lagerentwicklung kann erst dann gerechnet werden, wenn sich die Diskrepanz zwischen Lagerbeständen und Umsätzen der Wirtschaft wieder erheblich verbessert hat. Ihre Beseitigung hängt aber in erster Linie davon ab, wie der Umsatz von den übrigen Sozialproduktkomponenten beeinflusst werden wird.

Im Augenblick und aller Voraussicht nach auch in der nächsten Zukunft nehmen nur die Aufwendungen der Öffentlichen Hand leicht zu. Dem geringfügigen Anstieg der öffentlichen Ausgaben steht nach wie vor eine sehr viel stärkere Abnahme der privaten Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie des privaten Verbrauchs gegenüber. Die Unternehmer haben für die ersten beiden Quartale dieses Jahres eine Einschränkung der Anlageinvestitionen (Ausrüstungs- und industrielle Bauinvestitionen) von etwa 5 vH vorgeesehen. Für das ganze Jahr 1958 ist eine Verringerung der Anlageinvestitionen von fast 15 vH gegenüber 1957 beabsichtigt. Mit einer positiven Revision dieser Pläne ist auch dann kaum zu rechnen, wenn sich der Absatz günstiger als erwartet gestalten sollte, da die meisten Wirtschaftszweige gegenwärtig über beträchtliche Kapazitätsreserven verfügen. Von der Anlageinvestitionsentwicklung dürfte somit auch dann eine kontraktive Wirkung ausgehen, wenn es gelingt, eine weitere Schrumpfung der übrigen Sozialproduktkomponenten zu verhindern. Die privaten Wohnungsbauinvestitionen, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres nach langjährigem Rückgang wieder etwas zugenommen hatten, sind saisonbereinigt in den ersten beiden Monaten dieses Jahres erneut leicht gesunken. Es ist sehr zweifelhaft, ob die dem Wohnungsbau jetzt durch zusätzliche Kredithilfe gegebenen Anregungen ausreichen werden, die erwünschte, als Initialzündung wirkende Belebung im Wohnungsbausektor herbeizuführen.

Da sich der Rückgang des persönlichen Bruttoeinkommens in den ersten Monaten dieses Jahres fortgesetzt hat und sich die Regierung bisher noch nicht zu einer diesen Einkommensausfall kompensierenden Einkommensteuerermäßigung entschließen konnte, dürfte der private Verbrauch im ersten Quartal dieses Jahres weiter gesunken sein. Sollte die Regierung auch künftig darauf verzichten, durch Anwendung geeigneter finanzpolitischer Mittel den privaten Verbrauch zu beleben, so wäre eine vorläufig andauernde Verbrauchsschrumpfung kaum zu vermeiden. Wenn auch eine Verringerung der Sparquote nicht ausgeschlossen ist, so dürfte sie doch nicht ausreichen, um einen erneuten Verbrauchsanstieg auszulösen.

Der konjunkturelle Einbruch in den Vereinigten Staaten von Amerika ist zwar von einer Erlahmung der konjunkturellen Kräfte Westeuropas begleitet, die westeuropäische Gesamtproduktion dürfte aber im Gegensatz zu der Entwicklung in den Vereinigten Staaten immer noch leicht zunehmen. Allerdings weist die konjunkturelle Situation in den einzelnen europäischen Ländern erhebliche Unterschiede auf. In Ländern wie den Niederlanden und Dänemark geht die

Produktion leicht zurück, in anderen Ländern stagniert sie (so in Großbritannien) oder nimmt nur noch schwach zu (so in Westdeutschland und Italien), lediglich in Frankreich steigt sie noch mit unvermindertem Wachstumstempo an.

Die Preissenkungstendenzen auf den Weltrohstoffmärkten sind zunächst zum Stillstand gekommen. Die während des Preisverfalls im vergangenen Jahr aufgeschobenen Rohstoffkäufe der westeuropäischen Industrieländer scheinen jetzt, da die Auffüllung der Rohwarenläger an Dringlichkeit zugenommen hat, nachgeholt zu werden. Die gegenwärtige Lage an den Rohstoffmärkten darf jedoch wiederum nicht zu einer allzu optimistischen Beurteilung verleiten. Die amerikanische „recession“ hat bis Anfang dieses Jahres das Importvolumen der Vereinigten Staaten noch nicht vermindert. Ein Übergreifen des Produktionsrückgangs der Vereinigten Staaten auf die Importentwicklung und eine weitere Abschwächung der konjunkturellen Kräfte Westeuropas müßte die Situation an den Rohwarenmärkten wieder verschlechtern.

Westdeutschland

Die saisonale Frühjahrsbelebung hat in diesem Jahr spät und — soweit bisher übersehbar — auch sehr viel abgeschwächt als in früheren Jahren eingesetzt. Die Bautätigkeit ist zwar nach Beendigung der Frostperiode, d. h. seit Beginn dieses Monats, wieder mit kräftigem Tempo in Gang gekommen, da die Bauwirtschaft offensichtlich bestrebt ist, die witterungsbedingte Verzögerung aufzuholen, ohne daß hierdurch allerdings aus der Bautätigkeit zusätzliche Anregungen für die konjunkturelle Gesamtentwicklung zu erwarten wären.

Alles in allem erhielt die konjunkturelle Entwicklung in diesem Frühjahr keine nennenswerten Anregungen, im Gegenteil, der hinter den Erwartungen zurückbleibende saisonale Aufschwung in Verbindung mit der sich tendenziell ohnehin abschwächenden Konjunktur trugen dazu bei, daß das allgemeine Wachstum der Wirtschaft sich weiter verlangsamt.

Betroffen von dieser Verlangsamung wurde die gesamte industrielle Erzeugung, wobei im einzelnen die Verbrauchsgüterindustrie sogar ihr Vorjahrsniveau nicht halten konnte, die Grundstoffindustrie nur noch wenig über dem Vorjahrsniveau lag, während die Investitionsgüterindustrie in ihrem Zuwachs zwar an der Spitze dieser drei Bereiche stand, aber das Tempo ihres Zuwachses ebenfalls erheblich verlangsamt.

Die relativen bzw. absoluten Erzeugungsrückgänge in der Industrieproduktion waren nicht etwa durch Kapazitätsanspannungen bedingt, sondern sie entsprangen rein konjunkturellen Gründen. Bereits die unbefriedigende Entwicklung der Auftragseingänge in den Vormonaten, die für die gesamte Industrie seit November vorigen Jahres unter dem jeweiligen Vorjahrsniveau lagen, hatte — wenn auch mit unterschiedlicher Phasenverschiebung — eine Einschränkung der industriellen Erzeugung erwarten lassen, da das Auftragsvolumen von „gestern“ sich — trotz vorhandener Auftragsbestände — naturgemäß in der Erzeugung von „heute“ auswirkt.

Nun hat sich allerdings die Auftragsentwicklung innerhalb der Investitionsgüterindustrien im Gegensatz zu den Verbrauchsgüter- und Grundstoffindustrien seit Ende vergangenen Jahres infolge verstärkter Inlandsbestellungen wieder positiver gestaltet. Angesichts der sehr unbefriedigenden Auftragsentwicklung bei den Verbrauchsgütern und Grundstoffen und angesichts der weiter stark nachlassenden Auslandsnachfrage kommt der erhöhten Bestelltätigkeit des Inlandes innerhalb der Investitionsgütererzeugung zweifellos positive konjunkturelle Bedeutung zu, denn sie ist gegenwärtig der einzige Faktor, der innerhalb der industriellen Erzeugung den Abschwächungstendenzen entgegenwirkt. Allerdings ist bei der Intensität der allgemeinen Abschwächung zu bezweifeln, daß dieser Faktor ausreichen wird, die allgemeine Verlangsamung aufzuhalten.

Immer deutlicher sichtbar wird diese Abschwächung jetzt auch bei einer der wichtigsten Komponenten des bisherigen Fortschritts, nämlich der Ausfuhr. Die schon seit längerem beträchtlich unter dem Vorjahrsniveau liegenden Auslandsbestellungen haben inzwischen in der Ausfuhrentwicklung selbst ihren Niederschlag gefunden. Die Ausfuhr hat nämlich im ersten Quartal dieses Jahres ihren Zuwachs nicht nur weiter im Rahmen der bisherigen Abschwächungstendenzen, sondern jetzt verstärkt reduziert. (Während der nominale Ausfuhrzuwachs im vierten Quartal vorigen Jahres gegenüber dem Vorjahrquartal noch rund 11 vH betrug, verringerte er sich im ersten Quartal dieses Jahres auf nur noch rund 2 vH.) Da die Einfuhrentwicklung im ersten Quartal dieses Jahres fast stagnierte (der Einfuhrzuwachs betrug weniger als 1 vH), blieb die Überschubbildung der Außenwirtschaft jedoch nicht nur erhalten, sondern nahm gegenüber dem vierten Quartal vorigen Jahres sogar geringfügig zu. Es wäre jedoch abwegig, aus dieser relativen Konstanz der außenwirtschaftlichen Überschüsse zu folgern, daß damit die expansiven Anregungen der Außenwirtschaft auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung die gleichen geblieben wären wie sie in der Phase einer stark wachsenden Ausfuhr bestanden. Denn unter den heutigen konjunkturellen Bedingungen wird die Expansion nicht durch die Veränderung des Saldos aus Aus- und Einfuhr, sondern allein durch die Zu- oder Abnahme der Ausfuhr bestimmt.

Für eine konjunkturell vorsichtige Bewertung der sich wieder belebenden Inlandsnachfrage nach industriell erzeugten Investitionsgütern sprechen vor allem die Motive, die für die verstärkte Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern maßgebend sind. Diese Motive liegen nicht mehr im Bestreben der Wirtschaft, ihre bei der gegenwärtigen Absatzlage ohnehin nicht mehr optimal ausgelasteten Kapazitäten durch reine Erweiterungsinvestitionen zu vergrößern, sondern sie sind in dem Zwang zu suchen, durch Rationalisierungsinvestitionen dem verschärften Konkurrenzdruck, vor allem auch dem des Auslandes, entgegenzuwirken und Kosteneinsparungen zu erzielen. Auch Rationalisierungsinvestitionen erhöhen jedoch die Angebotskapazität, denn von der reinen Erweiterungsinvestition unterscheidet sich die ebenfalls mit verstärktem Kapitaleinsatz verbundene Rationalisierungsinvestition, was den Kapazitätseffekt betrifft, nur graduell, aber nicht grundsätzlich.

Das Dilemma, in dem sich die Wirtschaft befindet, ist zwar nicht neu, aber die Lage ist unter den gegenwärtigen Bedingungen einer stärkeren konjunkturellen Abflachung prekärer als gemeinhin angenommen wird. Denn einerseits nehmen die Kapazitäten der Erzeugung auch bei der gegenwärtigen Investitionstätigkeit noch erheblich zu (bei der Industrie um etwa 7 vH), während andererseits Erzeugung und Absatz ihren Zuwachs stark verlangsamen. Ein Ausgleich dieser Divergenz über den Preismechanismus findet nicht oder jedenfalls nur unzureichend statt. Der Preisaufrtrieb hat sich zwar im Bereich der industriellen Erzeugerpreise merklich abgeschwächt, aber die nicht ausgelasteten Kapazitäten in wichtigen Erzeugungsbereichen zeigen, daß der Preismechanismus seiner Funktion, einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu erreichen, nur sehr unvollkommen nachgekommen ist, ähnlich wie dies — mit umgekehrten Vorzeichen — in der Phase des Booms bei stärker wachsender Nachfrage und zurückbleibendem Angebot der Fall gewesen war.

Da alle zur Zeit wirksamen Bestimmungsfaktoren der gesamten Nachfrage auf Abschwächung tendieren, die Einkommensentwicklung sich dementsprechend weiter verlangsamt und die Sparquote aus dem persönlichen Einkommen unverändert hoch ist, fehlen alle Anzeichen und Voraussetzungen für eine Nachfrageexpansion, zumal die Wirtschaftspolitik der immer noch anhaltenden Labilität der Preisentwicklung wegen zögert, sich mit allen verfügbaren Mitteln für ein starkes Wachstum der Gesamterzeugung einzusetzen.

Der Interzonenhandel in sowjetzonaler Sicht

Die Umsätze im Interzonenhandel haben sich seit 1951 ständig erhöht, obwohl alle sowjetzonalen Hoffnungen, sich auf diesem Wege auch in den Handel der Bundesrepublik mit China, Polen, den Balkanstaaten und der Sowjetunion einschalten zu können, seit 1951 nach und nach, zuletzt durch den jetzt zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion geschlossenen Handelsvertrag, zunichte geworden sind¹⁾. Davon abgesehen stellen aber die erzielten Interzonenhandelsumsätze nur einen Bruchteil dessen dar, was im freien gegenseitigen Handelsverkehr ausgetauscht werden könnte.

Das statistische Bild der langfristigen Entwicklung des Interzonenhandels ist durch einen starken Rückschlag in den Jahren 1951 und 1952 etwas verwirrend. Tatsächlich deutet dieser Einschnitt an, daß die ursprünglich vorherrschende Idee eines binnenwirtschaftlichen Güteraustausches während der sogenannten vertragslosen Zeit nach Ablauf des Frankfurter Abkommens vom Jahre 1949 an Geltung verloren hat, und der Interzonenhandel danach, wenn auch nicht de jure, so doch faktisch als Teil des Außenhandels behandelt wurde.

Umsätze im Interzonenhandel¹⁾

Jahr	Bezüge der SBZ			Lieferungen der SBZ		
	Mill. DM-West	in vH des Außen- ²⁾ und Interzonenhandels		Mill. DM-West	in vH des Außen- ²⁾ und Interzonenhandels	
		Gesamt	Westliche Welt		Gesamt	Westliche Welt
1950	383	18,2	63,4	422	23,6	66,8
1951	167	6,5	24,8	148	4,9	23,5
1952	167	5,2	21,3	133	4,3	17,3
1953	240	5,8	25,2	292	7,2	33,9
1954	394	8,6	33,9	425	7,9	37,0
1955	504	10,3	36,0	567	10,6	40,1
1956	588	10,5	38,4	642	10,9	42,1
1957	764	11,4	3)	829	10,9	3)

1) Nur Warenverkehr, ohne die geringfügigen Bezüge und Lieferungen von Elektroenergie und Gas und ohne Dienstleistungsverkehr, der in den letzten Jahren mit rund 50 Mill. VE aus Lieferungsüberschüssen zu bezahlen war. — ²⁾ Amtliche sowjetzonale Zahlen, Rubelwerte auf DM-West umgerechnet. ³⁾ Der Anteil am Gesamtumsatz (Bezüge und Lieferungen) betrug 1956 40,2 vH und ist 1957 auf 41,1 vH gestiegen.

Mißt man den Interzonenhandel aber an der Außenhandelsentwicklung, scheint sein Volumen und seine Entwicklung den bestehenden Verhältnissen besser zu entsprechen als unter binnenwirtschaftlichem Aspekt im Vergleich zum Sozialprodukt. Das Verhältnis von Interzonen- zu Außenhandelsumsatz des Jahres 1950 mit Interzonenhandelsumsätzen der SBZ von 26 vH und der Bundesrepublik von 4 vH der Außenhandelsumsätze, jeweils einschließlich des Interzonenhandels, ist freilich nicht wieder erreicht worden. Vom Tiefpunkt im Jahre 1951 mit rund 6 vH für die SBZ und 1 vH für die Bundesrepublik stieg jedoch der Anteil der Interzonenhandelsumsätze bis zum Jahre 1957 für die SBZ wieder auf 12 vH und für die Bundesrepublik auf rund 2 vH.

Gemessen am für die SBZ noch aufschlußreicheren Außenhandelsumsatz mit der westlichen Welt, also unter Ausschluß der Umsätze mit dem Ostblock, hat der Anteil des Interzonenhandels im Jahre 1951

1) In den Direktiven der SED zum ersten Fünfjahrplan wurde zum Beispiel die Bundesrepublik noch aufgeführt, Einfuhren von englischen und amerikanischen Waren, die in Deutschland selbst hergestellt werden können, zugunsten eines stärkeren Binnenhandels völlig abzulehnen, und die SBZ erklärte sich noch in dem späteren Gesetz über den ersten Fünfjahrplan bereit, zur Erweiterung des innerdeutschen Handels beim Abschluß von Außenhandelsverträgen auch die Vorschläge westdeutscher Betriebe zu berücksichtigen.

24 vH (gegenüber 65 vH im Jahre 1950) betragen und ist bis zum Jahre 1957 wieder auf rund 44 vH angestiegen. Hierin zeigt sich nicht nur die immer noch bestehende wirtschaftliche Verbundenheit der beiden deutschen Landesteile, sondern auch der Erfolg der ernsthaften Bemühungen von beiden Seiten, diese Verbindungen nicht völlig abreißen zu lassen.

Daß der Interzonenhandel für die SBZ, wie die Zahlen zeigen, eine höhere Bedeutung hat als für die Bundesrepublik, entspringt vorwiegend der unterschiedlichen Größe und Grundstoffbasis der beiden Landesteile. Der Außenhandel hat aber auch ganz allgemein in der SBZ ein geringeres Gewicht als in der Bundesrepublik. Die Einfuhren einschließlich Interzonenhandel betragen in der SBZ zum Beispiel pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1950 nur etwa 46 vH und im Jahre 1956 nur etwa 52 vH derjenigen der Bundesrepublik, während man das Produktionsvolumen selbst bei niedriger Schätzung auf 75 bis 80 vH dessen der Bundesrepublik veranschlagen kann. Die knapperen Außenhandelsdispositionen der SBZ, sicher zum Teil mit einer geringeren Effizienz der Wirtschaft zusammenhängend, sind anderenteils auch ein Ergebnis von strukturellen Umschichtungen der Produktion, für die in der Bundesrepublik nicht das gleiche Bedürfnis bestand.

In dem Maße, in dem der Prozeß der Verselbständigung der beiden Wirtschaftsgebiete sich vollzog, hat sich auch die Struktur des Warenaustausches gegen früher beträchtlich verschoben. Im landwirtschaftlichen Sektor mit mitteldeutschen Lieferungen von Zucker, Roggen, Kartoffeln und Saatgut gegen zumeist importierten Weizen, Futtermittel und tierische Erzeugnisse waren beide Seiten zunächst eher bezugs- als abgabebereit. Bei industriellen Rohstoffen mit mitteldeutschen Lieferungen von Braunkohle und Braunkohlederivaten sowie Kali gegen Eisen, Stahl, Steinkohle und zumeist importierten Textilrohstoffen und Kautschuk lag es ähnlich, wobei für westliche Lieferungen die teilweise Einbeziehung der SBZ in das allgemeine Embargo für strategische Waren erschwerend hinzukam. Entscheidend aber war, daß Mitteldeutschland seiner ganzen Struktur nach seit jeher einen hohen Anteil an Rohstoffbezügen mit Fertigwaren bezahlte.

Aus den widerstreitenden Interessen beider Partner ergaben sich schon in den ersten Interzonenhandelsabkommen strenge Kontingentierungen im Austausch sowohl von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie von industriellen Rohstoffen, von denen sich jede Kategorie wertmäßig in sich ausgleichen sollte, während man sich für den gesamten Sektor der Fertigwaren auf globale Kontingente beschränkte, ohne aber einen nennenswerten sowjetzonalen Überschuß zur Bezahlung von Rohstoffen zuzulassen. Diese Grundsätze haben mit gewissen Verschiebungen und Modifikationen den Interzonenhandel von 1949 bis heute bestimmt.

Bestrebungen auf sowjetzonaler Seite, dem dortigen System der Monopolhandelsgesellschaften eine Organisation monopolistischer Vertragshändler in der Bundesrepublik entgegenzusetzen, und ferner das Schutzbedürfnis bestimmter in die Bundesrepublik verlagelter Industriebetriebe, deren Entwicklung gelegentlich von sowjetzonaler Seite durch Preisdumping zu erschweren versucht wurde, zwangen dann der Bundesrepublik ein umfassendes Genehmigungs- und Kontrollsystem auf, das dank der Geschicklichkeit der beauftragten Stellen trotz seines inneren Widerspruchs zu den Grundsätzen freier Marktwirtschaft relativ reibungslos funktioniert.

Ernstliche Schwierigkeiten entstanden durch die komplizierte Art der Zahlungsabwicklung, die durch die unterschiedlichen Währungsverhältnisse bedingt ist. Praktisch werden jedoch alle Geschäfte auf Westmark-

Struktur der Interzonenhandelsumsätze¹⁾

Warengruppe	Bezüge der SBZ				Lieferungen der SBZ			
	Mill. VE		vH		Mill. VE		vH	
	1952	1957	1952	1957	1952	1957	1952	1957
Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft . . .	41,8	146,9	25,3	21,1	22,4	92,7	17,6	13,0
Mineralöl	0,1	.	0,1	.	9,8	167,3	7,7	23,4
Bergbau	2 ²⁾	28,2	.	4,1	23,6	146,1	18,5	20,4
Eisen und Stahl	20,2	182,0	12,2	26,2
Maschinenbau, Elektrotechnik, Metallwaren .	38,6	130,5	23,4	18,7	14,2	66,8	11,1	9,4
Textilien ³⁾	10,1	41,9	6,1	6,0	28,3	95,8	22,2	13,4
Chemie, Düngemittel	34,2	85,4	20,7	12,3	8,8	68,6	6,9	9,6
Glas und Keramik	4,0	.	0,6	7,3	12,2	5,7	1,7
Steine und Erden	11,1	.	1,6	.	22,3	.	3,1
Zellstoff, Papier, Druck	5,2	.	0,8	.	17,7	.	2,5
Sonstiges	20,1	59,7	12,2	8,6	13,2	25,2	10,3	3,5
Insgesamt	165,1	694,9	100	100	127,6	714,7	100	100

¹⁾ Nur Warenverkehr. Für 1957 lediglich Umsätze auf Grund der für dieses Jahr vereinbarten Warenlisten, ausschließlich gewisser Reste aus den Vorjahren. Als Vergleichsbasis ist das Jahr 1952 eingesetzt worden, weil für die früheren Jahre keine genügend genaue Aufteilung der Umsätze West-Berlins vorliegt. — ²⁾ Im Jahre 1951 Bezüge in Höhe von 15,9 Mill. VE., was einem Anteil von 10,7 vH entsprechen würde. — ³⁾ Bezogen werden vorwiegend Rohstoffe und Halbfabrikate, geliefert dagegen Fertigwaren.

basis abgeschlossen und über Konten bei der Deutschen Bundesbank abgewickelt. Die Bezeichnung „Verrechnungseinheit (VE)“ wurde nur gewählt, um die Empfindlichkeit der sowjetzonalen Partner zu schonen. Zur Überbrückung der Zeitdifferenzen zwischen Genehmigungserteilung und Lieferung sowie zwischen Lieferung und Zahlung festgesetzte Swing-Grenzen für die verschiedenen Konten müssen aber vielfach auch Unregelmäßigkeiten bei den sowjetzonalen Lieferungen auffangen.

Leider ist aber nur selten Einigkeit über den jeweiligen Stand der beiderseitigen Konten zu erzielen. Insbesondere stellt die sowjetzonale Seite häufig Verzögerungen von Zahlungseingängen und den Nichteingang von Zahlungen für erfolgte Lieferungen nicht in Rechnung und spricht immer wieder von Behinderungen durch die Bundesinstanzen, wenn wegen drohender Überziehung der Swing-Grenzen die Erteilung von Liefergenehmigungen zeitweise zurückgestellt werden muß. Aber auch von westlicher Seite wird oft allgemeine sowjetzonale Lieferunfähigkeit angenommen, wo es sich um mangelnde Abnahmebereitschaft des westdeutschen Handels für angebotene Lieferungen handelt.

Obwohl der Zwang zum Ausgleich der Konten für die Hauptwarengruppen grundsätzlich beibehalten ist, haben sich im Verlauf der letzten fünf Jahre doch einige bemerkenswerte Verschiebungen in der Umsatzstruktur ergeben. In den Bezügen der SBZ hat sich zum Beispiel der Anteil der Eisen- und Stahlbezüge mehr als verdoppelt, während die Anteile von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Ernährungsgütern, Brennstoffen, chemischen Produkten und Maschinen zurückgingen. Bei den sowjetzonalen Lieferungen dagegen hat der Anteil von Mineralöl beträchtlich zugenommen, auch der von Brennstoffen und chemischen Produkten lag höher, während land- und forstwirtschaftliche Produkte, Maschinen, aber auch Textilwaren und sonstige Fertigwaren am Anteil rückläufig waren. Der Anteil der industriellen Fertigwaren an

den Gesamtbezügen ist von 1952 bis 1957 mit jeweils etwa einem Drittel nur wenig kleiner geworden, jedoch bei den Lieferungen von etwa einhalb auf ein Drittel zurückgegangen. Bei industriellen Roh- und Brennstoffen ist der Lieferanteil entsprechend gestiegen, weil Minderlieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Mineralöllieferungen ausgeglichen werden.

Die gegenwärtige Umsatzstruktur, unter normalen Verhältnissen zwar einem gesunden Ausgleich zwischen zwei hochindustrialisierten Ländern entsprechend, ist für die SBZ als vergleichsweise rohstoffarmes Land, das Rohstoffeinführen mit Fertigwarenausfuhr bezahlen muß, ungünstiger als für die Bundesrepublik. Zur Belebung des Interzonenhandels könnte die SBZ nur durch höhere Rohstoff- und Investitionsgüterbezüge beitragen, für die angesichts der nötigen Erneuerung des überalterten Produktionsapparates ein hoher Bedarf vorliegt. Angesichts der geringen Neigung der Bundesrepublik, größere Mengen an Fertigwaren aufzunehmen, würde das praktisch die Aufnahme langfristiger Aufbaukredite erfordern. Die Kredite, die die Sowjetunion bereits gegeben hat und weiterhin zu geben bereit ist, reichen bei weitem nicht aus; Kreditgewährungen der Bundesrepublik aber scheinen aus politischen Gründen zur Zeit nicht möglich zu sein.

An der Entwicklung des Interzonenhandels ist auch West-Berlin, das durch den Verlust seines Hinterlandes stark getroffen wurde, in hohem Maße interessiert. Der im Frankfurter Abkommen seinerzeit erstrebte Anteil von 30 vH der Umsätze ist seit 1953 erreicht und mit gewissen Schwankungen aufrechterhalten worden. Leider geht jedoch der allgemeine Lieferanteil bei industriellen Fertigwaren, die die Berliner Industrie selbst herstellt, zugunsten des Anteils von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die Berlin selbst aus der Bundesrepublik beziehen muß, ständig zurück. Höhere Lieferungen von Westberliner Fertigwaren an die Sowjetzone würden aber eine entsprechende Erhöhung der Bezüge, vornehmlich der Bundesrepublik, erfordern, für die dort offensichtlich zur Zeit noch die Voraussetzungen fehlen.

